

## Reset und Neustart

### Zu einer gesellschaftspolitischen Fundierung der AfD

Im Durchgang durch die „Dialektik der Abklärung“<sup>i</sup> habe ich im Rückgriff auf die intellektuelle Kampfzeit nach Hegel 1844/45 ein Denken zu revitalisieren versucht, in dem sich das Individuum als selbstverantwortliches und souveränes Ich versteht und dieses individuelle Selbst sich in Freiheit dem Leben und der Welt stellt und öffnet. Das soll heißen, dass das Ich-Selbst die Freiheit und die Wahl der Entscheidung hat und sie sich nimmt: Freiheit, wengleich auch immer eingebunden in die Bedingungen des eigenen So-Seins, denn Freiheit ist niemals absolut, sondern rückverwiesen auf die äußeren und inneren Daseinsgrundlagen eines Jeden. In dieser spezifisch an das jeweilige Individuum gekoppelten Bedingtheit allerdings besteht die Freiheit des Denkens und Handelns und sie soll auch so gelebt werden können und dürfen.

Die Grundlagen dieses im Kontext hiesiger Debatte zu re-aktualisierenden Denkens gehen auf die logische und konsequente Alternative zu Karl Marx, nämlich auf Max Stirner zurück, den Marx mit seiner zu Lebzeiten nicht veröffentlichten und 1926 posthum erschienenen „Deutschen Ideologie“ nieder- und quasi totgeschrieben hatte. Mit Stirner fing die alternative Entwicklungslinie zu Marx an und auf sie sind wir zurückgeworfen, um ihr Potenzial zu durchmessen, wenn die sich als Geschichte materialisiert habende Idee des Sozialismus an sein Ende gekommen ist und wir quasi angekommen sind in einer liberalen Gesellschaft mit, man spürt es allenthalben, mit irgendwie schlechtem Gewissen.

Es ist nämlich nicht etwa so, dass das Ende der Staatssozialismen auch den Sozialismus aus den Köpfen der Menschen vertrieben hätte. Der spukt, auch und gerade bei den Deutschen, als Möglichkeitsfeld, welches zum Wohlbefinden des Menschen zu denken und vielleicht immer noch zu erkämpfen anzustreben wäre, noch immer durch die Köpfe. Nicht der Sozialismus ist diskreditiert, sondern, so glauben die meisten Menschen, vielmehr eher die Menschen, die ihn machten. Er sei besser als die Menschen, die an ihm als Menschen scheitern.

Der in Peter Sloterdijks jüngsten Wortmeldungen postulierte Gedanke einer (liberal-bürgerlichen) Gegenreformation entspricht dem, was ich als *Reset und Neustart* in der *Dialektik der Abklärung* manifestiert habe, und richtet sich gegen das beharrende antiprogressive Besitzstands- und Mainstream-Denken des umfassenden Versorgtseins unter dem Sakrosanktum der „Sozialen Gerechtigkeit“ durch den Übervater Staat, der letztlich aus Interesse an sich und aus sich selbst heraus, dem Individuum in weiten Bereichen der Lebensführung die Wahl nimmt; Sicher, dies mag Viele entlasten, nimmt aber auch Vielen die Würde und unterhöhlt zunehmend die Freiheit Aller und zerstört moralisch, was alternativ denkbar wäre: Das Geben.

In seinem im letzten Sommer erschienenen Anti-Rousseau, den „Diskurs über die Ungleichheit“<sup>ii</sup>, stellt Norbert Bolz, Sloterdijks Befund mit einem Zitat von Alexis de Tocqueville bemüht, fest: „Ist die Ungleichheit das allgemeine Gesetz einer Gesellschaft, so fallen die stärksten Ungleichheiten nicht auf; ist alles ziemlich eingeebnet, so wirken die geringsten Unterschiede kränkend. Deshalb wird der Wunsch nach Gleichheit umso unersättlicher, je größer die Gleichheit ist.“

Das Soziale ist das Goldene Kalb unserer Epoche. Der Ruf nach Gleichheit, so Bolz, führt zur Ergebnisgleichheit und vergisst den Ursprung aus dem Geist der Gleichheit vor dem Gesetz. Die totale Daseinsvorsorge nimmt den Selbständigen das Geld und den Betreuten die Würde. Was die Würde des Menschen also wirklich antastet, ist gerade die Wohltat des Staates, die abhängig macht. So produziert die Politik des Wohlfahrtsstaates, also typisch Umverteilung und Reichensteuer, paradoxe Effekte. Die Wohlfahrtsempfänger verlieren ihre Würde, weil sie das, was sie bekommen, nicht verdienen können. Die Produktiven folgen dieser Logik des ökonomischen Darwinismus und werden noch produktiver, um tatsächlich die „starken Schultern“ zu entwickeln, auf denen die Lasten der „sozialen Gerechtigkeit“ ruhen. Umverteilungspolitik reduziert also nicht die Armut, sondern die Kosten der Armut. Jede Transferleistung reduziert nämlich den Anreiz, die Armut durch eigene Produktivität zu überwinden, da die politischen Hilfsprogramme oftmals eine Lebensführung ermutigen, die zur Verstetigung der Armut führt.

Sloterdijks in die Debatte geworfene Petitum, das Soziale losgelöst von diesen tradierten Denkblockaden einmal neu zu fassen, in dem er die aktuell als „Besserverdienenden“ verachteten und geschmähten Leistungsträger in eine (neue) Stolzkultur des Gebens verorten sucht, ist dabei eines von verschiedenen Möglichkeitsfenstern, in die man hinausblickt, wenn man erst einmal zu sehen gelernt hat.

Warum und was heißt hier Gegenreformation? Der Gegenentwurf besteht nicht in einem aus Sicht der sozialpolitischen bewahrenden Linken als kalt angenommenen Neoliberalismus eines Jeder gegen Jeden, bei dem der „Arme“ immer ärmer und der „Reiche“ immer reicher wird. Vielmehr ist er Ergebnis einer Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft jenseits einer gescheiterten Kapitalismuskritik. Es geht um neue Theorie, um einen Paradigmenwechsel im ökonomischen Denken, darum zu Recht der Aufruf bei Sloterdijk: „Es ist Zeit, Gunnar Heinsohn zu lesen!“ und die „Eigentumsökonomik“ zur Kenntnis zu nehmen, welche die diskursive Routine, wie über Wirtschaft seit Adam Smith, dann Ricardo und später Keynes gedacht und gesprochen wird, überwindet und den Weg freimacht für ein grundlegend neues Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft:

So wie vor einer Generation „Das Kapital“ quasi als Pflichtlektüre von jungen Intellektuellen gelesen wurde, weil, wer den Staat und die Gesellschaft verstehen und, so das vorgegebene Ziel, deren Überwindung ins Werk setzen wolle, die „ökonomische Basis“ begreifen und verstehen lernen musste, so sollte heute im gesellschaftspolitischen Diskurs derjenige schweigen, der das zur Kapitalismuskritik alternative Paradigma der Eigentumsökonomik (noch) nicht kennt. Die Eigentumsökonomik<sup>iii</sup>, seit den 1990-Jahren von den Bremer Professoren Gunnar Heinsohn und Otto Steiger als Paradigma der Theorie der Eigentumswirtschaft eingeführt, versteht und erklärt zum ersten Mal, dass wir als „Freie“ ausnahmslos alle in Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen eingebunden sind und erlaubt, das Zusammenspiel der wirtschaftlichen Akteure, seien es Zentralbanken, Geschäftsbanken, Unternehmer oder Lohnarbeiter, allesamt als jeweils gleichzeitig Gläubiger und Schuldner sozial neu zu denken! Mit der Eigentumsökonomik wird es mithin möglich, den Liberalismus und das, was als solcher verballhornt von links kritisch zumeist als „Neoliberalismus“ gebrandmarkt wird, gesellschaftspolitisch neu zu fundieren und zu denken!

## II.

Ein Schlüsselsatz der Eigentumsökonomik lautet: „In Eigentumssystemen entsteht Gleichheit nur als *Gleichheit vor dem das Eigentum schützende Gesetz*, das die Eigentümer zu Durchsetzung ihrer Kontraktforderungen benötigen. Ein politisch mächtiger Schuldner, wie beispielsweise der Staat, kann einen politisch schwachen Gläubiger nicht in die Knie zwingen. Und *soziale Gleichheit* muss als moralischer Imperativ durch Regelungen gesucht werden, die Eigentumsrechte nicht aushebeln. Besitzsysteme (wie Sozialismus oder Feudalismus, FCH) kennen dagegen keine Gleichheit vor einem die Besitzrechte auf ähnliche Weise schützenden Gesetz, vermögen eine derartige Gleichheit nicht einmal zu *erkennen*. Ihre nicht legal abgesicherten Regeln bleiben als Willkür immer „Recht“ des Stärkeren.“<sup>iv</sup>

Dem geht die Erkenntnis voraus, dass „Besitzsysteme immer ein *soziales Netz*“ implizieren, wenn auch auf einem äußerst niedrigen Niveau: gegenseitige Hilfe im Stamm und Sorge für die Schwachen zur Legitimation der Zwangsabgaben im Feudalismus. „Das Eigentumssystem kann aus sich heraus nichts Ähnliches entwickeln. Dafür bedarf es des Staates und starker, freier Gewerkschaften, die ein soziales Netz auf durchaus hohem Niveau schaffen, aber nicht unter allen Umständen garantieren können.“<sup>v</sup> Aus dem Reproduktionsmechanismus, der über Eigentum, Zins und Geld vermittelt wird, entsteht keine soziale Absicherung an sich. Diese muss erst über den Primat der Politik institutionell geschaffen werden! Mithin ist damit nicht per se die Eigentumswirtschaft alias Kapitalismus alias Marktwirtschaft schlecht zu reden, denn man kann von ihr ja nicht etwas verlangen, was sie an sich und grundsätzlich gar nicht liefern kann! Auf der anderen Seite ist hier der demokratische Staat gefordert, der das Primat der Politik setzt.

Das führt zu der Einsicht, dass wir in der Gesellschaft der Freien auch alle im gleichen Boot sitzen. Wo der eine Gläubiger ist, ist er zugleich woanders Schuldner. Dass Frau Schickedanz nach Durchgriff ihrer Gläubiger auf ihr Vermögen ihren Lebensunterhalt von 600 € zu bestreiten hat, ist keineswegs (nur) eine Absurdität, sondern entspricht im Kern der privateigentümlichen Haftungslogik.

Die Eigentumsökonomik macht verständlich, dass die, wie der Volksmund meint und darin von der (vornehmlich linksorientierten) politischen Elite bestärkt wird, „bösen Kapitalisten“, die Unternehmer mithin als Schuldner also, selbst in der Gläubiger-Schuldner-Kette verhaftet sind und auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen sind, durch Innovationen und technischen Fortschritt ausreichend Schuldendeckungsmittel erwirtschaften zu können, um erfolgreich im Markt bleiben zu können.

Wird also der Unternehmer, der ja für seine Arbeitnehmer entsprechende Lohnverantwortung und für den Staat zusätzliche Steuerlasten trägt, nun eher als eigentlich Getriebener und Gehetzter verstanden, der, verweigert er sich der Marktlogik, aus dem Wirtschaftsprozess herauskatapultiert werden kann mitsamt den Folgen für Belegschaft und Steueraufkommen, dürfte sich das Verständnis für die Sozialpartnerschaft deutlich verändern: Da stünde dann nicht mehr auf der einen Seite der „verantwortungslose kapitalistische Ausbeuter“ auf der einen und der „hilflose Arbeitnehmer“ auf der Anderen; Vielmehr würde im Verständnis der eigentumsökonomischen Logik ein neues *gesellschaftliches Miteinander* möglich, so, wie es häufiger bei Patriarchen-geführten Familienunternehmen zugeht, die ja ihrerseits mit ihrem Unternehmensvermögen als

eigenem Eigentum alleine haften und entsprechend auch tatsächliche, weil haftungsbelastete Verantwortung – für die Belegschaft authentisch nachvollziehbar - tragen. Möglich wird auf diese Weise eine neue Wahrnehmung dessen, wie Wirtschaft funktioniert. So wird denn auch das kapitalistische Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wie im real-existierenden Sozialismus, in dem Freiheit für bzw. gegen Sicherheit getauscht wurde.

Der Unternehmer als Schuldner, nicht darauf aus, wie der neoklassische ökonomische Mainstream meint, seinen egoistischen Nutzen zu maximieren, sondern gezwungen, ausreichend Schuldendeckungsmittel – und dies impliziert immer schon auch die Rückzahlung des Zinses als inhärentem Mehrwert! - zu erwirtschaften, wird entdämonisiert und die Sozialpartner können sich - nun tatsächlich als Partner in einer (meinetwegen auch zuerst durchaus nationalen) Schicksalsgemeinschaft - neu justieren.

Das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, so verstanden, erlaubt, auch Eigenverantwortlichkeit ganz neu zu denken und zu bewerten. Es ist nicht damit getan, die Betonung auf Eigenverantwortung als verantwortungsloses Gerede von Leuten abzutun, denen es besser geht und die (vermeintlich) eher in der Lage sind, eigenverantwortlich zu handeln. Vorsicht, Vorsicht, hat doch schon der amerikanische, des Neoliberalen absolut unverdächtige Soziologe Richard Sennet in seinem Buch zur Sache: „Respekt im Zeitalter der Ungleichheit“ (2002) festgehalten: „Die Scheidewand zwischen Fürsorge und Bevormundung ist so dünn, dass sie sich bei der geringsten Berührung auflöst“ (S. 161).

Erst wer aus einer richtigen ökonomischen Theorie heraus versteht, wie die Gesellschaft freier Bürger auf der Grundlage permanenter Gläubiger-Schuldner-Verpflichtungen funktioniert, ist auch in der Lage, neu über das Soziale, über Ungleichheit, die mit Freiheit einhergeht, und Gerechtigkeit nachzudenken, denn er weiß: Die Privateigentumsökonomik aus sich heraus hält keine Sicherungssysteme bereit, die also im Rahmen des Primats der Politik gestaltet werden müssen: allerdings ohne die Funktionsbedingungen ihrer eigenen Grundlage zu unterminieren! Eine Funktionsbedingung der Ökonomie ist dabei, dass die Unternehmer, im erweiterten Umfeld, also auch die Leistungsträger, in der Lage sind, ihre Schuldendeckungsmittel zu erwirtschaften und von ihrem Ertrag auch zu leben: Sie sind keineswegs Ausbeuter, denen alles weggesteuert gehört.

### III.

Mit der Eigentumsökonomik, die zu einer Reformulierung der Sozialen Frage und des Gerechtigkeitsdiskurses führt, hat, um zur deutschen Debatte zurückzukehren, Deutschland kein Erkenntnisproblem mehr. Es kommt jetzt vielmehr drauf an, endlich umzusetzen, und dazu wird nur eine gesellschaftliche Kraft politisch in der Lage sein, die ohne schlechtes Gewissen politisch das Gebotene umsetzt: Aus der Gewissheit heraus, das Richtige zu tun, braucht sie sich nicht mehr moralisch „schlecht“ zu fühlen, wenn sie das Zusammenwirken der gesellschaftlichen Akteure neu justiert. Hier ist, um es explizit zu machen, die geschichtsphilosophische Grundlage einer politischen Bewegung jenseits der Klientel- und NurnochSteuersenkungspartei der kaputtgeschriebenen aktuellen FDP! Es stellte sich bislang die Frage, wer würde ihr Träger sein?

Der Antritt der Alternative für Deutschland als Partei und ihr Auftritt auf der politischen Bühne, nachdem sie nicht mehr nur Bewegung als „WA2013“ sein wollte, ist die Kraft, die jenseits ideologischer Scheuklappen den Resetknopf bedienen kann. Mit ihrem ökonomischen Grundverständnis ist die AfD am ehesten in der Lage, gesellschaftspolitisch nachzuvollziehen, was die Eigentumsökonomik an neuem Denken für den „politischen Überbau“ bereitstellt. Das 20%-Potenzial aus der leistenden Mitte der Gesellschaft ist ja nicht einfach verschwunden, sondern latent harrend, dass da Jemand komme...;

Darum darf das Projekt AfD nicht scheitern!

---

<sup>i</sup> Frank-C. Hansel (2009), *Dialektik der Abklärung. Grundlagen einer Nachkritischen Theorie*. Band I, Wien

<sup>ii</sup> Norbert Bolz (2009), *Diskurs über die Ungleichheit*, München

<sup>iii</sup> Gunnar Heinsohn/Otto Steiger (2006), *Eigentumsökonomik*, Marburg

<sup>iv</sup> Otto Steiger (2004), *Eigentum und Recht und Freiheit: Meine Abschiedsvorlesung*. IKSF Discussion Paper No. 30, Universität Bremen

<sup>v</sup> *ibidem*